



Lara Danyel, Vivienne Graw, Constantin Hrdina, Thomas Münchow, Benedikt Schroeter

Planning for future

Ein studentisches Thesenpapier zu aktuellen Zeit- und Planungsfragen

In Vorbereitung auf den 7. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik verfassten wir – eine Gruppe Studierender – 2019 das Thesenpapier „Planning for future“. Zunächst als eine inhaltliche Positionierung zur Themensetzung für die Veranstaltung verfasst, freuten wir uns bald über die breite Aufmerksamkeit, die das Papier in planerischen Kreisen erfuhr. Zwei Jahre später, nach der erfolgreichen Durchführung des Hochschultags, zeigt sich die Aktualität der aufgeführten Handlungsfelder der Stadt- und Regionalplanung noch immer. Erschreckend ist, dass seitdem kein grundlegender Fortschritt in den aufgeführten Themenfeldern absehbar ist. Dabei brachte gerade der Zeitraum, seit der ersten Veröffentlichung des Thesenpapiers in der SRL-Mitgliederzeitschrift *PlanerIn* Ausgabe 4/2019, zusätzliche Ereignisse hervor, die die Krisenanfälligkeit unserer Gesellschaft von neuem aufzeigte: So war es die Coronapandemie, die bestehende Selbstverständlichkeiten grundlegend infrage stellte und unser alltägliches Handeln und Denken bis heute beeinflusst.

Auch abseits der globalen Gesundheitskrise beobachten wir für viele Themenbereiche eine wachsende Sensibilisierung, da immer größere Teile der Gesellschaft von diesen Problemen betroffen sind. So wirkt sich die Wohnungsknappheit in den Städten mittlerweile auf große Teile der Mittelschicht aus; ebenfalls werden die globalen Zusammenhänge der Klimakrise immer deutlicher, wie die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021 zeigte. Dem wachsenden Handlungsdruck stehen politische Entscheidungsträger gegenüber, die nicht die notwendigen Schritte ergreifen, um diesen Missständen angemessen zu begegnen. Gleichzeitig verzeichnen politische Bewegungen, wie Fridays for Future und Deutsche Wohnen & Co. enteignen, eine breite Zustimmung. Wir beobachten eine Zuspitzung der Herausforderungen und möchten dazu einladen, das Thesenpapier zu nutzen, um eigene planerischen Handlungsmotive zu überprüfen und vielleicht auch eine Diskussion innerhalb der Planungsdisziplin anzustoßen. In diesem Sinne wünschen wir viel Spaß beim Lesen des nun folgenden Thesenpapiers!

Dieser Beitrag wurde erstveröffentlicht in: *PlanerIn*, Mitgliederfachzeitschrift der SRL – Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Ausgabe 4/2019, S. 19 f.

Die gesellschaftliche Verantwortung der Stadt- und Regionalplanung liegt seit jeher darin, den gebauten Raum langfristig zu gestalten und damit nicht nur auf soziale, ökonomische und ökologische Probleme des Zusammenlebens zu reagieren, sondern aktiv nachhaltige Rahmenbedingungen für eine lebenswerte Zukunft zu schaffen. Aktuelle politische Entwicklungen zeigen deutlich, dass es heute – angesichts global greifender, umfassender Krisen – vor allem junge politische Bewegungen sind, die sich den drängenden Zeitfragen stellen und mit radikalen Forderungen gegenüber der Politik gesamtgesellschaftlichen Druck aufbauen, sodass die Umweltpolitik in Deutschland zu einem der

wichtigsten aktuellen Politikfelder geworden ist. Mit diesem studentischen Thesenpapier werden aktuelle Debatten aufgegriffen, um sich angesichts der politischen, ökologischen und sozialen Krisen weltweit die Frage zu stellen, was hierbei die Rolle der Stadt- und Regionalplanung ist und welche Positionen dafür zu entwickeln sind.

Ideen der Studierenden

Als Studierende der Stadt- und Regionalplanung stehen wir in einer Doppelposition: Zum einen haben wir den Anspruch, uns in aktuellen Planungsdiskursen zur Zukunft unserer Städte zu positionieren, zum anderen müssen wir planerische Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme finden, deren Ursachen anthropogenen Ursprung haben und durch uns zum jetzigen Zeitpunkt nur punktuell zu beeinflussen sind. Um dieser Komplexität gerecht zu werden, haben wir ein breites Spektrum an Themen erarbeitet, das aus dem Planer- und Planerinnentreffen in Weimar/Erfurt sowie den Fachschaften einzelner Hochschulen hervorgegangen ist. Sie bilden eine Grundlage für die folgenden Positionen. Zwei große Querschnittsthemen durchziehen alle angesprochenen Punkte: der bewusste Umgang mit der Umwelt und dem Klimawandel sowie die Forderung nach einer emanzipatorischen Planung, die gesellschaftliche Ressourcen gerecht verteilt.

Positionen und Thesen

1. Die Zeit ist reif für eine neue Bauleitplanung!

Das 1960 verabschiedete Bundesbaugesetz sowie die Bau-nutzungsverordnung strukturierten erstmals das Städtebaurecht auf Bundesebene und antworteten mit der Aufteilung des Bodens in unterschiedliche Gebietskategorien auf seit Beginn des 20. Jahrhunderts formulierte Forderungen nach „hygienischer“ Planung durch rigide Funktionstrennung. Im weiteren Verlauf wurde der Trennungsgrundsatz



durch Änderung, Ergänzung und Einführung von weiteren Gebietstypen nivelliert und schließlich mithilfe des „urbanen Gebiets“ fast vollständig aufgelöst. Trotz dieser Anpassungen können bestehende Verfahren und Werkzeuge aktuelle Probleme, wie die Zunahme an Verkehr, hoher Flächeninanspruchnahme, Segregation und Verdrängung im Stadtraum, mit dem gegenwärtigen Planungsrecht nicht zufriedenstellend lösen. Es stellt sich die Frage: Welche („städtebaulichen“) Attribute sollen zukünftig mit welchen planerischen Instrumenten festgesetzt werden können?



Abb. 1: Insgesamt wurden für die Thesen 146 Beiträge auf dem Treffen in Weimar/Erfurt und in den einzelnen Fachschaften gesammelt.

2. Gebt der Stadt die Stadt zurück! Für eine Kommunalisierung von Grund und Boden

Im Zuge neoliberaler Entwicklungen, die seit Ende des 20. Jahrhunderts weltweit zum Umbau gesellschaftlicher und politischer Systeme führten, wandelte sich das Verständnis der Stadtpolitik vom gemeinwohlorientierten zum unternehmerischen Verwalten. Mit diesem als „alternativlos“ bezeichneten Vorgehen versuchte die Politik, das strukturelle Defizit in den verschuldeten Haushalten auszugleichen. Neben den negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen wurde mit dem Veräußern städtischen Grunds und Bodens der kommunale Gestaltungsspielraum stark eingeschränkt. Diese Flächenpolitik benötigt eine dringende Kehrtwende! Die Stadt muss wieder mehr Einfluss auf ihre Flächen bekommen, damit eine integrierte, zusammenhängende Stadtentwicklung nicht an jeder Eigentumsgrenze scheitert oder Bauprojekte ohne jahrelange Verhandlungen umgesetzt werden können. Somit könnten aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, wie die der Nachfrage nach sozial gerechtem Wohnraum, einfacher überwunden werden. Das Prinzip Privateigentum an Grund und Boden ist nicht mehr zeitgemäß!

3. Was kommt nach der Schuldfrage? Das koloniale Erbe europäischer Großstädte

Wer heute durch eine europäische Großstadt spaziert, kommt nicht umhin, Machtmanifestationen und Zeitzeug-

nisse des europäischen Kolonialismus im gebauten Raum zu finden. Während viele europäische Staaten sich noch immer dem Bekenntnis zu kolonialen Verbrechen verweigern, werden Diskussionen um koloniales Erbe und seine Verflechtungen heutiger Stadtgesellschaften in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Welche Rolle wird der Stadtplanung hierbei zuteil? Wie gehen wir mit weltweiten Migrationsbewegungen um, und welche Räume schaffen wir für Menschen, die nach Europa immigrieren, um ein besseres Leben zu finden?

4. Grundrecht auf Wohnen einführen: Wohnraum als Allgemeingut

Als Teil des Rechts auf angemessenen Lebensstandard wurde das „Right to Housing“ bereits in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung von 1948 und im UN-Sozialpakt verankert. Zwischen dem Menschenrechtsideal nach Wohnraum und der Praxis deutscher Wohnungsmärkte liegen Welten. Die Mieten in deutschen Großstädten sind in den vergangenen Jahren explodiert. Die Rede ist von einem Wohnungsdefizit von über einer Million Wohneinheiten – von diesem Ungleichgewicht sind sozial schwache Haushalte umso stärker betroffen. Für die städtische Bevölkerung ist Wohnen nicht mehr nur eine soziale, sondern zu einer existenziellen Frage geworden. Es ist an der Zeit, das Recht auf Wohnen in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes aufzunehmen.

5. Stadt, Land, Schluss

Stadt, Land, Schluss? In der Diskussion um Stadt-Land-Beziehungen geht der ländliche Raum meist (wortwörtlich) leer aus – Landflucht, demografischer Wandel, Leerstand und Strukturschwäche sind nur einige der Stichworte, die die Leere dieser Raumkategorie verdeutlichen sollen. Doch was genau ist eigentlich dieser ländliche Raum? Was gibt es zwischen dem „Ländlichen“ und dem „Städtischen“? Die Zukunft der Weltbevölkerung liegt in den Städten – so oder ähnlich wird es in Prognosen formuliert. Aber dort liegen auch ihre Probleme. Wie steht es also um Ideen und Kon-

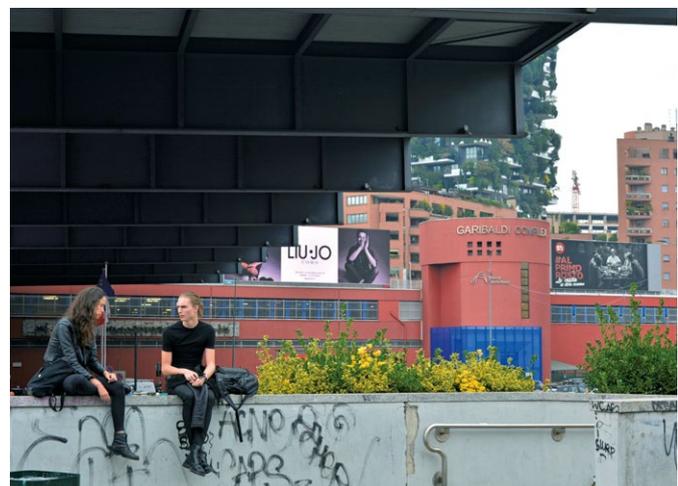


Abb. 2: Prognosen: Die Zukunft liegt in den Städten. (Foto: Annick Rietz)

zepte für die Räume, die nicht großstädtisch sind? Welche Antworten können uns ländliche sowie klein- und mittelstädtische Räume auf Rechtspopulismus, Klimaanpassung und Artenvielfalt sowie den demografischen Wandel und Migration geben?

6. Was kommt nach dem Wachstum?

Die nächste Generation von Planerinnen und Planern ist auf der Suche nach einem neuen Leitbild, unter dessen Prämisse sie guten Gewissens Planung für ihre Zukunft betreiben kann. Getrieben von der globalen Klimakatastrophe, den zentralen Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und des Umweltschutzes stellen wir uns die Frage, wie sich eine Gesellschaft gegen das klassische Wachstumsparadigma positionieren kann, das wir als zentrales gesamtgesellschaftliches Kernproblem begreifen. Wie steht es um den neuen Begriff der Postwachstumsplanung?

7. Perfektionismus überwinden – neue Wege der Beteiligung

Wir denken in Endzuständen. Dabei bedarf gesellschaftlicher Wandel kurzfristiger Maßnahmen, die darauf abzielen, praktikable Alternativen zu präsentieren. Wir müssen den Perfektionismus überwinden und schnell umsetzen, was jetzt machbar ist! Die formelle Planung sollte Raumaneignungsprozesse nicht nur offiziell fördern, sondern fordern, damit sich der Bürger wieder als raumverändernde Komponente im Stadtgefüge versteht. Wir müssen uns daran gewöhnen, halb fertige Städte zu akzeptieren und sie gemeinsam entstehen lassen.

8. Jeder Bürger ein Planer?

Planung ist ein Spiel mit Macht. Immer mehr Menschen fordern aktiv ihre Teilhabe daran ein und nutzen dafür die demokratischen Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen. Dennoch blockieren private Interessen massiv dem Gemeinwohl dienende Entwicklungsmaßnahmen. Partizipative Planung ist ein ambivalentes Dogma, das einerseits von Beteiligung lebt und zugleich von dieser in die Handlungsunfähigkeit gedrängt wird. In Hinblick auf sofortige Klimamaßnahmen und die Rettung des Planeten stellt sich die Frage, ob die Art und Weise, wie Partizipationsverfahren durchgeführt werden, noch zeitgemäß ist oder ob es neue Planungs- und Beteiligungspolitiken braucht.

9. Grüne Welle – das Ende des Autoindividualverkehrs

Blockierte Straßen, überfüllte Züge, gefährdete Radfahrer – das ist Alltag für einen Großteil der städtischen Bevölkerung. Durch massiven Zuzug und intensive Pendlerströme steuern viele Großstädte auf einen Kollaps ihres ÖPNV-Netzes zu. Die Städte bleiben nicht untätig, doch vor drastischen Maßnahmen schrecken die Beteiligten zurück. Es wird Zeit für eine radikale Verkehrswende, weg vom Auto und hin zu effizienten, sozial verträglichen und vor allem ökologischen Mobilitätskonzepten. Es wird Zeit für die autofreie Stadt.



Abb. 3: Kommando zurück: Es wird Zeit für eine radikale Verkehrswende – weg vom Auto (Foto: Annick Rietz)

10. Ist die Zeit der Utopien vorbei?

Mit den zehn Büchern der Architektur startete Vitruv die Diskussion, wie die optimale Stadt gedacht und konzipiert werden muss. Infolge des Aufkommens mächtiger Stadtstaaten wurden seine Ideen aufgegriffen und weitergedacht, neue Konzepte entstanden und wurden wieder verworfen. Höhepunkt des visionären stadtplanerischen Diskurses bildet die Denkschule der Moderne ab, mit deren Utopien das Individuum zu einem besseren Menschen geformt werden sollte. Seit dem Ende der Moderne wurden die großen Stadtmodelle von einer projektbezogenen, pragmatischen Planung abgelöst, die punktuelle Best-Practice-Leitbilder, wie die Leipzig-Charta, produzierte. Es gibt Bedarf nach neuen stadtplanerischen Visionen – also traut euch (wieder), zu träumen!

Lara Danyel

Technische Universität Berlin

Vivienne Graw

Technische Universität Berlin

Constantin Hrdina

Technische Universität Dortmund

Thomas Münchow

Technische Universität Kaiserslautern

Benedikt Schroeter

Technische Universität Berlin